

Wo bleibt der Mut?

Kommentar. Die Fraktion Musik bezieht Stellung zum Beschluss des Regierungsrats betreffend Wahlfach Instrumentalunterricht.

In SCHULBLATT 7/2021 war vom Beschluss des Regierungsrats zu lesen, dass das Wahlfach Instrumentalunterricht neu 14-tägig zu 30 Minuten angeboten werden kann. Schülerinnen und Schüler haben wie bisher ab der 6. Klasse Anspruch auf 15 Minuten Gratis-Instrumentalunterricht pro Woche – neu können sie diese kumulieren. Die Begründung für diesen Entscheid ist, dass ein Wahlfach in jedem Fall kostenlos angeboten werden muss. In der Regel werden diese 15 Minuten wöchentlich als Einzelunterricht in Anspruch genommen und kostenpflichtig auf 25 oder mehr Minuten verlängert. Dies ist aus pädagogischen Gründen wünschenswert. Durch seinen Beschluss meint der Regierungsrat, solche pädagogisch sinnvollen Unterrichtseinheiten zu ermöglichen.

Wir können diesen Entscheid nicht nachvollziehen und sprechen uns entschieden dagegen aus. Man hat damit am Schreibtisch eine Lösung gefunden, um die Wahl-

fachregelung auf dem Papier stimmig zu machen. Gleichzeitig möchte man den Anschein erwecken, es seien pädagogisch sinnvolle Einheiten dabei entstanden. Aus Erfahrung können wir sagen, dass eine «Zweidrittelslektion» alle zwei Wochen pädagogisch nicht mehr Sinn ergibt als der wöchentliche Besuch einer «Drittelslektion» – der Sinn ist nur anders.

Neben der pädagogischen Kritik sehen die Instrumentallehrpersonen Erschwernisse bei der bereits schon schwierigen Stundenplanungssituation: Es würde einem Wunder gleichkommen, wenn sich zwei Schüler oder Schülerinnen dieselben 30 Minuten abwechselnd teilen könnten. Das Chaos bei der Stundenplanung für die einzelnen Lehrpersonen und der Zimmerzuteilung an den Musikschulen wäre perfekt.

Wir stehen ganz klar für einen kostenlosen Zugang zu Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ein. Denken wir noch einen Schritt weiter, würde dies konsequenterweise auch heissen, dass die Instrumente und das Notenmaterial von der Volksschule zur Verfügung gestellt werden. Eine kostenneutrale Lösung für das päd-

agogische Problem gibt es wohl nicht. Eine «Zweidrittelslektion» alle zwei Woche hat mit Breitenförderung leider wenig zu tun und ist für das Erfahren von Musik und das Erlernen eines Instruments nicht brauchbar.

Wir wünschten uns vom Regierungsrat stattdessen Entscheide, die uns bei der sinnvollen Stundenplanung oder bei der Festlegung einer gemeinsamen Lohnzahlstelle unterstützen würden. Stattdessen erschwert man uns die Arbeit, nur damit dem BKS auf dem Papier nichts vorgeworfen werden kann. Wo bleibt der Mut?

Mario Schenker, Präsident alv-Fraktion Musik